

## BRIEF AUS BERLIN – NR. 03/2017

### Inhalt

#### Vorwort

#### Aus dem Bundestag

- + Mit Martin Schulz die Kanzlerschaft im Blick
- + Brigitte Zypries wird Wirtschaftsministerin
- + Sigmar Gabriel: Verzicht in Würden und Ehren
- + Letzte Regierungserklärung von Sigmar Gabriel
- + Frank-Walter Steinmeiers Abschiedsrede
- + Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus
- + Fachgespräch Kooperationsverbot
- + 30 Jahre Erasmus+: Festveranstaltung
- + Sportanlagenlärmschutz verbessern
- + Mehr Hilfe für Alleinerziehende
- + Nachtragshaushalt 2016
- + Sozialkassenverfahren am Bau sichern
- + Koalitionsantrag zu Infektionskrankheiten
- + Wissenschaftskooperation Subsahara Afrika
- + Botschafterempfang der Ebert-Stiftung
- + Gespräch mit CARE und OXFAM zu Malawi
- + Gespräch zur Abladeoptimierung Mittelrhein

#### Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

am Dienstag gegen 15.00 Uhr war die Entscheidung über die Fragen aller Fragen gefallen: In der Fraktionssitzung gab Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel bekannt, dass er nicht als Kanzlerkandidat in die anstehende Bundestagswahl ziehen wird. Gleichzeitig gab Sigmar Gabriel bekannt, dass er den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, als SPD-Kanzlerkandidat und Parteichef vorschlägt.

Ich begrüße und unterstütze die Kanzlerkandidatur von Martin Schulz. Mit ihm ziehen wir zuversichtlich und leidenschaftlich in den Bundestagswahlkampf. Mit Martin Schulz wird die SPD energisch ge-

gen die Spaltung der Gesellschaft und gegen die Spalter in unserem Land vorgehen. Mit ihm werden wir engagiert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt kämpfen, denn nur gemeinsam sind wir stark. Mit seiner langjährigen außenpolitischen Erfahrung ist Martin Schulz der richtige Kandidat in ungewissen Zeiten. Nach dem Brexit, der Wahl Trumps und großen europäischen Herausforderungen braucht die SPD einen Kandidaten, der auch auf internationalem Parkett überzeugt – Martin Schulz tut das. Wir werden die Zukunft der Gerechtigkeit neu schreiben. Der leidenschaftliche Sozialdemokrat Martin Schulz ist dafür bestens geeignet. Im Wahlkampf werden wir überzeugend zeigen, wie wir im digitalen Zeitalter neuen Chancen für die Menschen eröffnen werden.

Sicherlich dominierte das Thema die Medien, doch es gab auch andere wichtige Ereignisse in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus gedachte der Deutsche Bundestag an diesem Freitag erstmalig den von den Nazis ermordeten Menschen mit Behinderungen und körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen, den Opfern der NS-Euthanasie.

30 Jahre Europäische Bildungszusammenarbeit konnten wir diese Woche ebenso feiern. Das Erasmus-Programm der Europäischen Union wurde 1987 ins Leben gerufen, um den Austausch von Studierenden in Europa zu fördern. Während vor 30 Jahren rund 650 deutsche Studentinnen und Studenten zeitweise den Schritt ins Ausland gewagt haben, sind es inzwischen fast 1,3 Millionen Studierende, die über Erasmus für eine Zeit in einem anderen europäischen Land studiert haben. Mit dem Programm „Erasmus+“ besteht nun seit drei Jahren ein gemeinsames EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport. Bis 2020 werden europaweit mehr als vier Millionen Menschen aus Hochschule, Schule, Berufsbildung, Erwachsenenbildung, Jugendarbeit und Sport mit „Erasmus+“ Auslandserfahrung gesammelt haben.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes Wochenende und eine angenehme Lektüre!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

## Mit Martin Schulz die Kanzlerschaft fest im Blick



Alle Augen auf Schulz: einen Tag nach dem Rückzug von Sigmar Gabriel hat der designierte SPD-Kanzlerkandidat und Parteivorsitzende Martin Schulz am Mittwochmorgen die Fraktion besucht. Die Abgeordneten begrüßten ihn mit minutenlangem Applaus.

„Ich mache mit Euch Wahlkampf, auf Knien, sitzend, stehend, zu Wasser, zu Fuß, in der Luft. Ich will Euer Kanzler werden!“ – mit einer selbstbewussten, mutig-kämpferischen Rede hat Martin Schulz die Fraktion auf die kommenden Monate eingeschworen und den Führungsanspruch der SPD unterstrichen „Dieses Land braucht in diesen schwierigen Zeiten eine neue Führung“.

Eines machen wir mit Martin Schulz' Kandidatur für das Amt des deutschen Bundeskanzlers überzeugend klar: Wir dokumentieren unseren Willen für einen echten Neubeginn – in Deutschland und Europa. Uns geht es nicht um Posten und Pöstchen. Uns geht es darum, dem Gefühl der „Alternativlosigkeit“ überzeugend entgegenzutreten. Denn nur mit einer Politik der klaren Alternativen kann Populismus, Hass und Hetze wirkungsvoll begegnet werden. Die SPD als Bollwerk der Demokratie, als Kraft, die Europa

zusammenhält und gegen den Populismus verteidigt – das ist Martin Schulz' Leitbild.

Schulz, der kein Abitur hat, ist der Inbegriff einer echten Aufstiegs Geschichte: Seine Biografie zeigt, dass sozialer Aufstieg durch Leistung in dieser Gesellschaft möglich ist. Ob als Bürgermeister von Würselen, als Europaabgeordneter oder als Präsident des Europäischen Parlaments. Stets hat er sich bemüht, den Alltagssorgen der Menschen, jener hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln der Demokratie halten, gerecht zu werden. In seinem Leben hat er immer wieder bewiesen Er kann Brücken bauen. Er kann zusammenführen. Das ist genau das, was unser Land jetzt braucht.

Martin Schulz weiß, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Er weiß, dass gerechte Gesellschaften leistungsfähiger, kreativer, wirtschaftlich erfolgreicher und demokratisch geschlossener sind. In der Großen Koalition konnten wir dahingehend vieles bewegen – nun aber haben sich die Gemeinsamkeiten erschöpft.

Nach der Wahl brauchen wir einen Neustart, der über die Große Koalition hinausführt. Für ein gerechteres Deutschland, das mit CDU/CSU nicht zu erreichen ist. Martin Schulz ist unser Angebot an die Wählerinnen in Wähler in Deutschland, den Status quo zum Besseren zu verändern.

## Brigitte Zypries übernimmt Wirtschaftsministerium



Brigitte Zypries ist heute als neue Ministerin für Wirtschaft und Energie vereidigt worden. Sie folgt auf Sigmar Gabriel, dessen Parlamentarische Staatssekretärin sie bislang war. Die SPD-Landesgruppe Hessen gratuliert Brigitte Zypries sehr herzlich zu ihrer Ernennung als Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Wir freuen uns sehr, dass nun ein Mitglied unserer Landesgruppe das wichtige Ressort bekleidet. Brigitte Zypries ist eine erstklassige Wahl, denn die ehemalige Bundesjustizministerin verfügt über große Erfahrung und viel Durchsetzungskraft. Die in Kassel geborene Sozialdemokratin hat sich durch Brückenschläge zwischen Berlin und Hessen einen Namen gemacht. Als direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Darmstadt ist Brigitte Zypries stets eine wichtige Ansprechpartnerin für hessische Belange gewesen. Sie ist zupackend, hilfsbereit und stets ansprechbar. Hervorragende Voraussetzungen für das wichtige Amt. Bei der Bewältigung ihrer neuen herausfordernden und verantwortungsvollen Aufgaben wünschen wir „unserer“ Ministerin viel Kraft und Erfolg sowie bei allen ihren Entscheidungen eine glückliche Hand.

## Sigmar Gabriels Verzicht in Würden und Ehren



Sigmar Gabriel hat sich entschieden – gegen die Kanzlerkandidatur und für das Amt des Außenministers. „Damit haben die Jungs und Mädels von den Medien nicht gerechnet“, sagte Sigmar Gabriel am Dienstagnachmittag, als er sich vor der versammelten Fraktion erklärt. Es war eine denkwürdige, ja historische Sitzung.

Keiner hat sich in der jüngeren Vergangenheit um die SPD so verdient gemacht wie Sigmar Gabriel. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 gab er der Partei ihr Selbstbewusstsein zurück; 2013 führte er sie mit Umsicht und Disziplin wieder in die Regierung. All die Jahre hat Sigmar Gabriel seine Person hinter das Wohl des Landes und der SPD gestellt; er hat es sich nie einfach gemacht und auch diese letzte Entscheidung als Parteivorsitzender reiflich überlegt und lange abgewogen.

Gabriel verzichtet nicht aus Ängstlichkeit oder Schwäche, sondern weil er hofft, der SPD so eine bessere Perspektive für das Wahljahr zu eröffnen: „Er ist der bessere Kandidat mit den besseren Chancen“, begründet Gabriel den Verzicht auf die eigene Kandidatur.

Mit seinem Entschluss zugunsten von Martin Schulz beweist er einmal mehr die enge Verbundenheit zu „seiner“ Partei. Es ist ihm zu wünschen, dass ihm sein Verzicht endlich die Anerkennung zurückbringt, die ihm trotz seiner zahlreichen politischen Erfolge bislang verwehrt blieb.

Mit der Entscheidung, Martin Schulz den Vortritt bei der Kanzlerkandidatur zu lassen, hat Sigmar Gabriel viele überrascht. Doch wer ihn besser kennt, wird zumindest erahnen können, wie diebisch er sich darüber freut, zu seinem Rückzug von der ganz großen Bühne noch einen solchen Coup vollbracht zu haben. Sigmar Gabriel hat geschafft, was ihm niemand zugetraut hätte – und was Angela Merkel nicht gelungen ist – rechtzeitig aufzuhören.

Er hat seine Entscheidung aus einer Position der Stärke heraus getroffen und damit wahrhafte Größe bewiesen. Dafür gebührt ihm unser allergrößter Respekt.

Danke für alles, Sigmar!



## Jahreswirtschaftsbericht 2017 – letzte Regierungserklärung von Sigmar Gabriel



In seiner letzten großen Rede als Bundesminister für Wirtschaft und Energie hat Sigmar Gabriel den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorgestellt. Mit einer glänzenden Rede präsentierte er die beeindruckende Bilanz seiner Jahre als Minister. Eine Beschäftigungsquote auf Rekordniveau, eine Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa: Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer hervorragenden Verfassung.

Auch die Zukunftsaussichten sind unverändert gut. 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 Prozent und damit so stark wie seit 2011 nicht mehr gestiegen. Im laufenden Jahr wird die deutsche Wirtschaft ihre positive Entwicklung fortsetzen und um 1,4 Prozent zulegen. Seit Sigmar Gabriels Amtsantritt als Wirtschaftsminister sind eineinhalb Millionen Bürgerinnen und Bürger in Arbeit gekommen – dieses Jahr soll sich die Zahl der Erwerbstätigen nochmals um 320.000 auf mehr als 43,8 Millionen Menschen erhöhen. „Das ist der Erfolg der Menschen, die hart arbeiten in unserem Land“, sagte Sigmar Gabriel, und

verschweigt, dass es sich dabei auch um die Erfolgsbilanz seiner eigenen Arbeit handelt.

Die sozialdemokratische Handschrift der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre ist deutlich erkennbar. Heute hat der durchschnittliche Arbeitnehmer zwischen 1.000 und 2.000 Euro mehr in der Tasche als noch vor einem Jahr – Das Wirtschaftswachstum kommt also bei den Menschen an. Gleichzeitig führen die zusätzlichen Investitionen zu sozialem Ausgleich und gesellschaftlicher Teilhabe. Einmal mehr zeigt sich, dass wirtschaftlicher Erfolg eine Frage der Gerechtigkeit ist. Nur mit verlässlichen Einnahmen ist der Staat handlungsfähig und kann für Jobs, Sicherheit und Chancengleichheit sorgen. Umgekehrt kann nur eine gerechte Gesellschaft auf Dauer wirtschaftlich vorwärts kommen.

Wer hart arbeitet und dem Staat Überschüsse erwirtschaftet, der muss auch erwarten können, dass seine Kinder gute Schulen vorfinden, er schnelles Internet hat und Straßen in bestmöglichem Zustand sind, umriss er die anstehenden Aufgaben. Deutschland soll auch in Zukunft gerecht, wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig bleiben. Dafür ruft Gabriel die Union auf, die Überschüsse in Schulen zu investieren.

Wir wünschen ihm viel Erfolg für sein neues Amt als Außenminister!

## Frank-Walter Steinmeiers Abschiedsrede im Deutschen Bundestag als Außenminister



Am 12. Februar tritt die Bundesversammlung zusammen, um Frank-Walter Steinmeier zum 12. Bundespräsidenten zu wählen. In seiner Funktion als Außenminister hielt Steinmeier vor dem Deutschen Bundestag diese Woche seine letzte Rede. „Nun gibt es hartnäckige Gerüchte, dass dies meine letzte Rede im Deutschen Bundestag sein könnte, und ich fürchte, es sind keine ‚Fake News‘“, bemerkte Steinmeier mit einem Schmunzeln.

Mit Herz und mit Verstand, vor allem aber mit herausragendem, persönlichen Einsatz hat sich Frank-Walter Steinmeier stets darum bemüht, politische Lösungen für die Konflikte dieser Welt zu suchen – und nicht den vermeintlich einfachen Antworten zu erliegen. Bundespräsident Gauck dankte Steinmeier für seine Verdienste und bekannte, „Der Name Steinmeier steht für Unermüdlichkeit, dafür, weiter zu verhandeln, zu vermitteln und zu überzeugen.“

Wir sagen „Danke“ für sein unermüdliches Engagement für den Frieden auf dieser Welt und freuen uns auf seine neuen Aufgaben!

## Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus und der NS-Euthanasie



Heute vor zweiundsiebzig Jahren wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee befreit. „Ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft“, sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog, als sich der Deutsche Bundestag erstmalig versammelte, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken.

In diesem Jahr stand die Gedenkstunde erstmalig im Zeichen der Erinnerung an die Opfer der sogenannten Euthanasie-Morde. Etwa 200.000 behinderte und kranke Menschen wurden unter der NS-Gewaltherrschaft in ganz Europa systematisch und unter dem Vorwand der „Rassenhygiene“ getötet. Sie galten als „Volksschädlinge“ und wurden als „lebensunwert“ aussortiert – an ihnen erprobten die Nazis den späteren millionenfachen Mord an den Juden.

Nach begrüßenden Worten von Bundestagspräsident Norbert Lammert verlas der mit Down-Syndrom lebende Schauspieler Sebastian Urbanski einen Brief von Ernst Putzki, der 1945 aufgrund seiner Behinderung

in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet wurde. Die Gedenkreden hielten direkte Nachfahren von zwei Opfern der „Euthanasie“-Morde. Hartmut Traub erinnerte an seinen 1941 ermordeten Onkel, Benjamin Traub, während Sigrid Falkenstein über das Schicksal ihrer Tante Anna Lehnkering berichtete, die 1940 getötet wurde. Kompositionen von Norbert von Hannenheim, dessen Werk von den Nationalsozialisten als „entartet“ eingestuft wurde, bildeten den musikalischen Rahmen der Gedenkstunde. Sie wurden aufgeführt von Felix Klieser (Horn) und Moritz Ernst (Klavier).

Eindrucksvoll ruft uns der Gedenktag ins Gedächtnis: Aus Erinnerung erwächst Verantwortung. Unsere Geschichte trägt uns die besondere Verpflichtung zu, gegen jede Form von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, gegen Heilsversprechen und kollektive Schuldzuweisungen vorzugehen. Nie wieder dürfen Staat und Gesellschaft zulassen, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung, ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihrer Andersartigkeit zum Feindbild einer schweigenden Mehrheit gemacht, verachtet, bedroht oder gedemütigt werden.

## Neue Grundgesetzmöglichkeiten für Stärkung von Wissenschaft und Forschung nutzen



Das Fachgespräch über den Artikel 91b des Grundgesetzes stand ganz im Zeichen der Leistungssteigerung unserer Wissenschaftslandschaft und mehr Exzellenz in Breite und Spitze. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes bietet wesentliche neue Gestaltungsmöglichkeiten für die bessere und engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Förderung von Forschung und Lehre. Das Fachgespräch im Bildungsausschuss machte dies deutlich. Bei einer Studierquote von 55 Prozent ist eine Konzentration auf die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen eine zentrale Zukunftsaufgabe. Unser Wissenschaftssystem braucht dringender denn je eine gezielte Nachwuchsförderung, von den Fachhochschulen bis zu den Universitäten, von den Geistes- und Sozialwissenschaften bis zu den Naturwissenschaften. Der Sanierungs- und Investitionsstau an den Hochschulen ist eine Herausforderung von überregionaler Bedeutung. Aus diesem Grund begrüße ich es, dass die Sachverständigen hier mit Recht massive Verstärkungsmittel durch Bund und Länder über die Sicherung der Grundfinanzierung hinaus forderten.

## 30 Jahre internationaler Austausch und Kooperation – Erasmus+ ist voller Erfolg



Diese Woche freute es mich als Berichterstatter für Erasmus+ besonders, bei der Festveranstaltung zum 30. Geburtstag von Erasmus+ unter Teilnahme von Bundesbildungsministerin Wanka, weiteren Kollegen des Bundestages und Fachexperten von Erasmus+ in Berlin mit dabei zu sein.

Das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ ermöglicht allen Programmteilnehmern europaweit zu reisen, zu arbeiten, zu studieren und sich weiterzubilden. Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, Auszubildende, Studierende sowie Erwachsene und das Lehr- und Bildungspersonal aller Bildungsstufen profitieren von dem Programm. Denn nichts stärkt die europäische Identität mehr als die Begegnung und das gelebte Miteinander über Ländergrenzen hinweg.

Erasmus + stellt eines der erfolgreichsten Programme der EU dar, ist mit einem Budget in Höhe von rund 14,8 Mrd. Euro finanziell gut ausgestattet und entfaltet hohe Breitenwirkung. Das auf sieben Jahre angelegte Programm soll Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit verbessern und die Modernisierung der Systeme der allgemeinen und be-



ruflichen Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe voranbringen.

Mehr als vier Millionen Menschen werden bis 2020 von den EU-Mitteln profitieren: So sollen zwei Millionen Studierende im Ausland studieren, 650.000 Berufsschülerinnen und -schüler sowie Auszubildende Stipendien erhalten und 800.000 Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, Ausbilder und Jugendbetreuer im Ausland unterrichten.

Bei dem Event hoben die Podiumsteilnehmer wie Manuela Schwesig oder die KMK-Präsidentin Dr. Susanne Eisenmann die Vorzüge von Erasmus+ hervor: Insbesondere verwies Schwesig auf die Bedeutung von Erasmus+ für den Jugendbereich und über Projekte, Europa besser kennenzulernen. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass Erasmus+ auch Nachholbedarf bei der Partizipation von sozial benachteiligten Jugendlichen hat. Weiterhin erhielt auch der Schulbereich, der bei Erasmus+ oftmals etwas untergeht, eine prominentere Rolle als bislang.

Im Hinblick auf die Evaluierung des Programms ab Juni 2017 setze ich mich für einige Verbesserungsvorschläge am Programm ein. Diese spiegeln sich im Antragsentwurf zu Erasmus+ nieder, der noch Ende März bei uns in der Fraktion beschlossen werden wird. Denn: Ein tolles Programm muss langfristig stärker finanziell ausgestattet und politisch unterstützt werden!

## Ruhezeiten für Sportvereine neu regeln für mehr Sportfreizeit – auch in Hessen



Um die aktuellen Ruhezeiten einhalten zu können, sehen sich Sportvereine gezwungen, die Zahl der Jugendmannschaften und ihrer Mitglieder zu begrenzen. Doch für Vereine und ihre Mitglieder ist es essenziell Sport zu treiben. Dabei kommt dem Sport mit seinem gesundheitsfördernden und integrativen Charakter auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu, die wir dringend unterstützen müssen. Aus dem Grund sollen die Ruhezeiten neu geregelt werden. Die Regelung soll wohnortnahe Sportausübung fördern, indem die Lärmrichtwerte für die abendlichen Ruhezeiten sowie die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen um 5 Dezibel angehoben werden. Mit diesen Änderungen wird der Zeitraum, in der Sportanlagen ohne Überschreitung der Immissionsrichtwerte genutzt werden können, um das Dreifache verlängert, ohne dabei die Anwohnenden übermäßig zu belasten! Ferner soll der Sportbetrieb auf Anlagen, die bereits vor 1991 genehmigt worden sind, rechtlich besser abgesichert werden. Damit wird der seit vielen Jahren bestehende Konflikt zwischen Sportvereinen und Anwohnerinnen und Anwohnern geschlichtet. Ich freue mich mit den hessischen Sportvereinen auf diese Änderungen!

## Mehr Hilfe für Alleinerziehende – Bund und Länder einigen sich bei Unterhaltsvorschuss



Den Unterhaltsvorschuss erhalten Alleinerziehende, deren Ex-Partner seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt – bislang maximal sechs Jahre lang und nur, bis das Kind zwölf Jahre alt wird. Nun haben sich Bund und Länder auf eine Reform geeinigt. Die Begrenzung der Bezugsdauer wird aufgehoben und die Altersgrenze auf 18 Jahre angehoben.

Etwa 90 Prozent der in Deutschland rund 1,9 Millionen alleinerziehenden Eltern sind Frauen. Deren ohnehin nicht einfachen Lebensumstände werden oftmals zusätzlich erschwert. Rund die Hälfte dieser alleinerziehenden Mütter erhalten vom Vater gar keinen Unterhalt, ein weiteres Viertel nicht den Betrag, der ihnen eigentlich zustünde. Aus diesem Grund liegt das Armutsrisiko alleinerziehender Mütter und das ihrer Kinder weit über dem von 'Paarfamilien' – obwohl die meisten gut ausgebildet und viele auch erwerbstätig sind. Deshalb können Alleinerziehende, die keinen oder nicht regelmäßig Unterhalt erhalten, den sogenannten Unterhaltsvorschuss beantragen. Hier tritt der Staat in Vorleistung und zahlt den Mindestunterhalt für das Kind. Zugleich übernimmt der Staat die Aufgabe, den Unterhalt

beim unterhaltspflichtigen Elternteil einzutreiben. Bislang wird der Unterhaltsvorschuss jedoch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gezahlt und ist zudem zeitlich auf eine Bezugsdauer von maximal 72 Monaten befristet.

Um die staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden zielgenau und entlang der Lebenswirklichkeiten zu verbessern, wird der Unterhaltsvorschuss zum 1. Juli dieses Jahres deshalb deutlich ausgeweitet und, wie im Kabinettsbeschluss vorgesehen, von derzeit zwölf auf 18 Jahre angehoben. Zudem soll die Begrenzung der Höchstbezugsdauer auf sechs Jahre komplett entfallen.

Um den bürokratischen Mehraufwand für die Kommunen zu begrenzen, sieht der Kompromiss zwischen Bund und Ländern Ausnahmeregelungen für Alleinerziehende im SGB II-Bezug vor. Gleichzeitig wird der Bund seinen Anteil an den Kosten von einem Drittel auf 40 Prozent erhöhen. Das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Juli gibt Ländern und Kommunen ausreichend Zeit, die Änderungen umzusetzen. Alleinerziehende Eltern müssen sich darauf verlassen können, zuverlässig Unterhalt für ihr Kind zu beziehen – und zwar bis zur Volljährigkeit. Mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses ist der SPD ein weiterer entscheidender Erfolg zur Entlastung von Alleinerziehenden und Familien mit kleinen Einkommen gelungen.

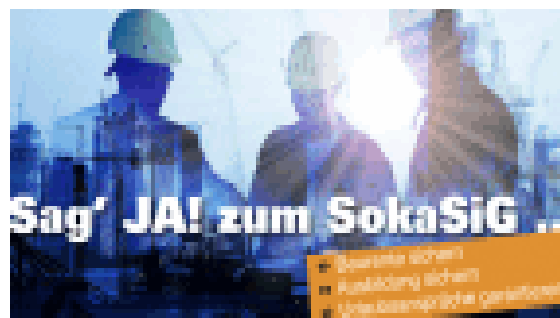
## Nachtragshaushalt 2016 verdoppelt kommunales Investitionsprogramm



Wunderbare Nachrichten für unsere Kommunen! Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2016 verdoppelt der Bund das *Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds* um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro. Diese Mittel sollen gezielt für Investitionen des Bundes in die kommunale Bildungsinfrastruktur eingesetzt werden, im Speziellen zur Sanierung von Schulen in finanzschwachen Kommunen. Möglich wird dies durch Verhandlungserfolg der Sozialdemokraten im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, mit dem wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgebrochen haben. Dies freut mich als Bildungspolitiker aus Leidenschaft sehr!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge eines Nachtragshaushalts 2017 auch über die Verwendung der Haushaltsüberschüsse entschieden wird. Sie sollen aus Sicht der SPD-Fraktion für Investitionen in moderne Schulen und Berufsschulen, schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege verwendet werden. Ein Lichtblick für unsere Schulen!

## Fortbestand der Sozialkassen im Bauhauptgewerbe sichern



Die SOKA-BAU ist die gemeinsame Einrichtung der drei Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft und Dachmarke der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK) sowie der Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG (ZVK-BAU AG). Gemeinsam sichern beide Kassen die Urlaubsansprüche, eine betriebliche Altersversorgung sowie die Ausbildungsförderung für alle Beschäftigten und Betriebe der Bauwirtschaft. Zugleich ist die ZVK-BAU AG Deutschlands größte Pensionskasse (nach Anzahl der versicherten Personen). Insgesamt sichert die SOKA-BAU somit ca. 700.000 Arbeitnehmer, 35.000 Auszubildende und mehr als 370.000 Rentnerinnen und Rentner ab.

Zwei Beschlüsse des Bundesarbeitsgerichts stellten dies aus formalen Gründen in Frage. Die Allgemeinverbindlicherklärung mehrerer Sozialkassentarifverträge, eine langjährig geübte Praxis, wurde für unwirksam erklärt. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll nun der Fortbestand der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe, vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung, gesichert und Rückforderungsansprüche verhindert werden.

## Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken



Globale und nationale Entwicklungen, wie Bevölkerungswachstum, Klimaveränderung, demographischer Wandel und Migration, stellen neue Anforderungen an die Sozial- und Gesundheitssysteme.

Im Grunde ist Gesundheit die Basis von Lebensqualität und von erfolgreicher gesamtgesellschaftlicher Entwicklung. Die weltweite Zunahme von Infektionskrankheiten stellt eine ernsthafte Herausforderung für unsere Gesundheit dar. Eine besondere Herausforderung ist die Verbreitung von Krankheitserregern, die gegen mehrere Arzneimittel-Wirkstoffe resistent sind. Zugleich ziehen sich viele Pharmaunternehmen wegen hoher Kosten und geringer Gewinnmargen aus der Wirkstoffforschung für Infektionskrankheiten und neue Antibiotika zurück. Deshalb setzen wir uns mit unserem Antrag für eine „Nationale Wirkstoffinitiative gegen Infektionskrankheiten“ ein, in deren Rahmen der Austausch zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen intensiviert werden soll. Ebenso fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die nationale Förderung im Bereich der Antiinfektiva zu stärken.

## Wissenschaftskooperation mit Subsahara-Afrika stärken und ausbauen



Im Lichte der Afrika-Strategie der Bundesregierung spielen die Wissenschaftskooperationen für die Entwicklung Afrikas eine immer bedeutendere Rolle: Insbesondere im wissenschaftlich-technischen Fortschritt liegen Chancen auf Wachstum, Wohlstand und sozialen Frieden. Bildung und Forschung sind entscheidende Hebel, um Entwicklungsdynamiken in afrikanischen Gesellschaften zu unterstützen. Im Koalitionsantrag begrüßen wir die Initiative des BMZ, zusätzlich rund 1.000 Stipendien für angehende afrikanische Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zur Verfügung zu stellen, wie auch die Planungen des DAAD zum Aufbau einer „German-East African University of Applied Sciences“ in Kenia nach dem Modell einer deutschen Hochschule für Angewandte Wissenschaften (FH-Modell). Auch soll eine Erhöhung der Mittel für Rückkehrstipendien geprüft werden, um „Brain-Drain“-Prozesse zu vermeiden. Ebenso gilt es, in allen Disziplinen ein verstärktes wissenschaftliches Interesse an Subsahara-Afrika zu wecken. Als Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südliches Afrika (SADC) und als Bildungspolitiker habe ich zu „Wissenschaft in Afrika“ gesprochen. Die Rede kann [hier](#) eingesehen werden.

## Botschafterempfang der Ebert-Stiftung – Demokratie und Wohlstand gehören zusammen



Am Dienstag war ich in meiner Funktion als Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südliches Afrika (SADC) zu Gast beim Neujahrsempfang der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin. Der jährlich stattfindende Empfang für das diplomatische Corps gehört inzwischen zu einer lang gepflegten Tradition der Ebert-Stiftung. Viele Botschafter und Abgeordnete folgten in diesem Jahr der Einladung des FES-Vorsitzenden Kurt Beck in das Stiftungsgebäude in Berlin-Tiergarten. Die Förderung von Demokratie und Wohlstand in der Welt stellte Kurt Beck als zentrale Aufgaben der Stiftung in den Mittelpunkt seiner Begrüßungsansprache. Demokratie erfordere ein gesellschaftliches und politisches Umfeld, in dem der friedliche Wechsel einer Regierung stattfinden könne. Die Zivilgesellschaft aber bleibe verwundbar, wenn ihr der wirtschaftliche und soziale Erfolg verwehrt bleibe, sagte der Stiftungsvorsitzende und erinnert dabei an das Schicksal der Weimarer Republik, deren erster Präsident Friedrich Ebert gewesen war. Er fügt hinzu, dass Wohlstand langfristig zur Demokratie führt, umgekehrt fördere Demokratie den Wohlstand und seine gerechte Verteilung.

## Gespräch mit CARE und Oxfam zu Entwicklungen im südafrikanischen Malawi



Mit Vertretern der internationalen Hilfsorganisationen CARE und Oxfam habe ich mich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Entwicklungsausschuss zu einem Gespräch über die Entwicklungen im südafrikanischen Staat Malawi getroffen. Während bei uns in Berlin die Landwirtschaftsmesse Grüne Woche stattfindet, haben viele afrikanische Staaten erhebliche Probleme, ausreichend Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung zu produzieren. Neben widrigen Klimabedingungen, vor allem das Wetterphänomen El Niño, sind wenig nachhaltige Landwirtschaftspolitikkonzepte und nicht zuletzt der Einfluss ausländischer Unternehmen und Handelspartnerstaaten große Hindernisse für die nachhaltige Weiterentwicklung der heimischen Wirtschaft. Auch die Bauern in Malawi haben mit diesen Problemen zu kämpfen, berichteten die malawischen Referenten von CARE und Oxfam aus ihrer Heimat. Aufklärungsarbeit sowie regionale Initiativen für mehr Selbstständigkeit der Bauern und mehr gesellschaftliche Teilhabe von Frauen sind ihre Haupttätigkeitsfelder. Gleichzeitig wollen sie die Bürgerinnen und Bürger dazu ermuntern, ihre Anliegen an die Politik zu adressieren.

## Gespräch Abladeoptimierung am Mittelrhein



Der Rhein ist Deutschlands wichtigste Binnenwasserstraße im Herzen Europas. Der Deutsche Bundestag hat daher im Dezember 2016 für diesen Rheinabschnitt eine Abladeoptimierung beschlossen, um lokale Tiefenengpässe zu beseitigen. Das Vorhaben steht als vordringlicher Bedarf im Wasserstraßenausbaugesetz auf Platz 1 und weist den höchsten Kosten-Nutzen-Faktor des gesamten Bundesverkehrswegeplans 2030 auf (NKV: 30,7). Aufgrund dieser hohen Bedeutung kamen diese Woche Abgeordnete aller Fraktionen zusammen, um sich über das Projekt und die Bedarfe auszutauschen, aktuelle Überlegungen zum Projekt wurden vorgestellt. Mit hoher Einigkeit begrüßten wir alle, dass der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ebenso daran gelegen ist, die ökonomischen und ökologischen Aspekte fest im Blick zu behalten – und nicht nur die Fahrrinne zugunsten der Optimierung des Wasserstandes auszubaggern, sondern auch bei Niedrigwasser die Nutztiefe zu verbessern. In puncto Lärmschutz ist für mich wichtig, dass der vorgestellte Zeitplan erkennbar gestrafft werden muss – denn jeder Container auf dem Wasser entlastet unsere Schienen – unserer Gesundheit zuliebe!

## Pressemitteilungen

[24.01.2017 – Ein voller Erfolg: Erasmus + feiert 30. Geburtstag](#)

## Termine

28.01.2017

*9:30 Uhr – Infostand mit Frank Kilian, Rewe Weihercenter, Taunusstein-Bleidenstadt*

28.01.2017

*10:00 Uhr – Infostand mit Frank Kilian, Bäcker Huth, Gartenfeldstraße, Taunusstein-Hahn*

28.01.2017

*10:30 Uhr – Infostand mit Frank Kilian, Edeka, Weiherstraße, Taunusstein-Wehen*

28.01.2017

*11:30 Uhr – Infostand mit Frank Kilian, Fußgängerzone, Idstein*

28.01.2017

*13:00 Uhr – Infostand mit Frank Kilian, Tegut, Neukirchnerstraße 14, Hünstetten-Kesselbach*

28.1.2017

*19:33 Uhr – Raketensitzung der „Gockel“, Taunusstein*

30.1.2017

*20:00 Uhr – Neumitgliedertreffen der SPD Taunusstein, Bar+Bistro Living, Taunusstein-Hahn*

31.01.2017

*7:30 Uhr – Eröffnung Medienkompetenztag an der IGS Wallrabenstein, Hünstetten*

31.01.2017

*09:00 Uhr – Schülersgespräch an der Limeschule, Idstein*

31.01.2017

*19:00 Uhr – Podiumsdiskussion der Landratskandidaten, Dorfgemeinschaftshaus, Waldems-Esch*

01.02.2017

*17:30 Uhr – Neujahrsempfang der Krankenhausesellschaft St. Vincenz mbH, Diez*

03.02.2017

*17:00 Uhr – Neujahrsempfang des Landratskandidaten Frank Kilian, Bar+Bistro Living, Taunusstein-Hahn*

05.02.2017

*08:00-18:00 Uhr – Landratswahl im Rheingau-Taunus-Kreis*

05.02.2017

*11:00 Uhr – Neujahrsempfang des Gewerbevereins Taunusstein, Bürgerhaus Zum Taunus, Taunusstein*

*Kursive Termine sind öffentlich*